

Gemeindepräsidenten konfrontieren die Regierung

ST. GALLEN Die Gemeindepräsidenten des Linthgebiets sind nicht zufrieden damit, wie die Regierung ihre Region behandelt. Deshalb wurden sie am Dienstag in St. Gallen vorstellig – und zählten nicht nur jüngere Beispiele für Ungerechtigkeiten auf, sondern überreichten auch symbolische Checks.

Gut 126 Millionen Franken bezahlen die Bewohnerinnen und Bewohner des Linthgebiets jährlich an Staatssteuern. Dafür, finden die Gemeindepräsidenten der Region Zürichsee-Linth, dürften sie von der Regierung etwas besser behandelt werden. Während ihres Besuchs bei der St. Galler Regierung setzten sie sich deshalb dafür ein, dass in Zukunft mehr partnerschaftliches Miteinander die Beziehung zwischen den beiden Staatsebenen prägt.

Hierzu überreichten sie Regierungsratspräsidentin Heidi Hanselmann, Bildungschef Stefan Kölliker und Staatssekretär Canisius Braun symbolische Checks. Diese seien aber nicht als Zeichen zu werten, dass man finde, das Linthgebiet zahle mehr als andere und habe dafür Vorrechte, sagt Markus Schwizer, Präsident von Zürichsee-Linth. «Vielmehr ging es darum, augenzwinkernd zu zeigen: Wir fordern nicht nur etwas, sondern leisten auch einen Beitrag.» Man habe der Regierung vor Augen führen wollen, welches Potenzial das Linthgebiet habe, dass es aber auch Unterstützung brauche.

Stiefmütterlich behandelt

Aufmerksamkeit und Engagement der Regierung für die Region diesseits des Rickens hätten in der Vergangenheit zu wünschen übrig gelassen. «Zunehmend hat sich der Eindruck erhärtet, dass die Gemeinden am Obersee von der Regierung unzureichend wahrgenommen werden», schreiben die Gemeindepräsidenten in einer Medienmitteilung. In St. Gallen präsentierten sie den beiden Vertretern der

Regierung eine Reihe von Beispielen. Die Schlagwörter sind deutlich: «übergangen», «stiefmütterlich», «Benachteiligung». Die Verbindungsstrasse A53-Gaster etwa habe die Regierung nicht priorisieren wollen. Nur dank des Kantonsrats sei dieser Beschluss noch korrigiert worden. In der Planung der S-Bahn St. Gallen sei See-Gaster beinahe übergangen

worden. Von den Mitteln zur Standortförderung, 4,6 Millionen Franken im Jahr 2013, seien kaum Gelder ins Linthgebiet geflossen. Von den hohen Beträgen, die in das Konzept St. Gallen – Bodensee flossen, habe das Linthgebiet nichts. Zudem habe die Regierung Investitionen in die Berufsschule in Rapperswil-Jona, die sich baulich in einem schlechten Zustand befindet, um mindestens zehn Jahre verschoben. Und die Kommunikationspanne um die Kanti Wattwil – die «Causa Kantonsschule Toggenburg-Linth», wie sie sie nennen – markiert hier für

die Gemeindepräsidenten den unrühmlichen Schlusspunkt.

Zu den einzelnen aufgezählten Punkten habe man keine Auskunft erwartet, sagt Schwizer. «Die Regierung wurde über unsere Themen nicht informiert und konnte sich daher auch nicht vorbereiten.» Die Region Zürichsee-Linth, die Organisation der Gemeindepräsidenten des Wahlkreises See-Gaster, sei sehr zufrieden mit dem Ausgang der Aktion, sagt Schwizer. «Ich glaube, auch die Regierung hat sie nicht negativ beurteilt.» Sie habe versprochen, sich mit den Fällen

nochmals kurz auseinanderzusetzen. Von der Regierung war gestern niemand für eine Stellungnahme zu erreichen.

Nicht nur gleich lange Spiesse wie die anderen Regionen fordern die Gemeindepräsidenten, sondern auch Dialogbereitschaft seitens der Regierung. Durch eine verbesserte Zusammenarbeit gebe es auf beiden Seiten Gewinner, zeigt sich die Region Zürichsee-Linth überzeugt. Deshalb wolle man auch nicht mehr auf den vergangenen Ereignissen herumreiten, sondern die Zukunft gestalten.

Sarah Gaffuri



Zu ihrem Gespräch mit der Regierung brachten die Gemeindepräsidenten des Linthgebiets Checks für die Regierung mit: «Das Linthgebiet fordert nicht nur, sondern trägt auch etwas bei», erklärt Zürichsee-Linth-Präsident Markus Schwizer (vorne in der Mitte).